*Antragsbereich M / **Antrag M1***

***AntragstellerInnen**: UB Ostallgäu*
***Empfänger**: Bundesparteitag*
Landesparteitag

***Empfehlung der Antragskommission**: Annahme in der Version der Antragskommission*

M1: Geflüchtete aus Moria retten!

Ausgelegt auf 2.500 Personen wurde das Flüchtlingslager in Moria mit 13.000

Bewohner_innen zum größten Geflüchtetencamp Europas. Die Situation im Lager von Moria ist seit 2014 katastrophal. Die Verbreitung des Corona-Virus und der Brand haben die dramatische Lage weiter verschlechtert. Im Moment ist ein Großteil der Schutzsuchenden des Lagers in Moria in Lesbos untergebracht. Die Zustände dort sind weiterhin unmenschlich, die grundlegende Versorgung mit Wasser und Essen ist nicht gewährleistet. Ein zweites Moria darf es nicht geben!

Deshalb liegt es an uns, umgehend zu handeln!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland neu, ihre Mitglieder waren gezeichnet von Flucht, Verfolgung und Vertreibung. Den Schwächeren in der Not zur Hilfe zu eilen ist die DNA unserer Partei.

Über Jahre hinweg haben die Regierungen in der Europäischen Union die Augen bezüglich der Situation der Geflüchteten verschlossen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Europäische Union, Menschen, die vor Krieg und Vertreibung flüchten, ein Leben in Sicherheit, in Abwesenheit von Krieg und Verfolgung zu ermöglichen.

Ausgelegt auf 2.500 Personen wurde das Flüchtlingslager in Moria mit 13.000

Bewohner_innen zum größten Geflüchtetencamp Europas. Die Situation im Lager von Moria ist seit 2014 katastrophal. Die Verbreitung des Corona-Virus und der Brand haben die dramatische Lage weiter verschlechtert. Im Moment ist ein Großteil der Schutzsuchenden des Lagers in Moria in Lesbos untergebracht. Die Zustände dort sind weiterhin unmenschlich, die grundlegende Versorgung mit Wasser und Essen ist nicht gewährleistet. Ein zweites Moria darf es nicht geben!

Deshalb liegt es an uns, umgehend zu handeln!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründete sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland neu, ihre Mitglieder waren gezeichnet von Flucht, Verfolgung und Vertreibung. Den Schwächeren in der Not zur Hilfe zu eilen ist die DNA unserer Partei.

Über Jahre hinweg haben die Regierungen in der Europäischen Union die Augen bezüglich der Situation der Geflüchteten verschlossen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Europäische Union, Menschen, die vor Krieg und Vertreibung flüchten, ein Leben in Sicherheit, in Abwesenheit von Krieg und Verfolgung zu ermöglichen.

Wir hätten schon längst handeln müssen! Es ist die Verantwortung der Europäischen Union, gemeinsame Antworten und Lösungen zu finden.

13.000 Menschen sind durch den Brand im Lager in Moria obdachlos geworden. Der Bundesinnenminister, Horst Seehofer, hat zunächst eingeräumt, 150 Geflüchtete aus Moria aufzunehmen und nun zögerlich die Aufnahme von 1.500 Asylsuchenden signalisiert. Für uns als SPD ist klar: Menschlichkeit kennt keine Obergrenze! Deutschland, als eines der reichsten Länder der Erde, hat die Mittel und den Platz, Menschen in Not problemlos aufnehmen zu können. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Menschen aus Moria Schutz zu gewähren, auch wenn keine europäische Lösung zum jetzigen Zeitpunkt gefunden wird.

Gerade im Ostallgäu und Kaufbeuren war im Jahr 2015 und danach eine große Aufnahmebereitschaft vorhanden. Die ehrenamtlichen Strukturen haben einen sehr großen Beitrag geleistet, den Geflüchteten das Ankommen und den Start in das Leben bei uns zu erleichtern. Kapazitäten zur Aufnahme von Geflüchteten sind geschaffen worden und die Infrastruktur zur Aufnahme ist immer noch vorhanden. Alle Ebenen im Ostallgäu und Kaufbeuren – die Politik, die Verwaltung und die ehrenamtlich Engagierten - haben eine große Bereitschaft gezeigt, den zu uns kommenden Menschen in Not zu helfen. Deshalb fordern wir die Gemeinden, Städte und Landkreise auf, dieser Bereitschaft politisch Ausdruck zu verleihen und umgehend Druck auf die Bundesregierung auszuüben, Geflüchtete aus dem Lager in Moria aufnehmen zu können.

Wir hätten schon längst handeln müssen! Es ist die Verantwortung der Europäischen Union, gemeinsame Antworten und Lösungen zu finden.

13.000 Menschen sind durch den Brand im Lager in Moria obdachlos geworden. Der Bundesinnenminister, Horst Seehofer, hat zunächst eingeräumt, 150 Geflüchtete aus Moria aufzunehmen und nun zögerlich die Aufnahme von 1.500 Asylsuchenden signalisiert. Für uns als SPD ist klar: Menschlichkeit kennt keine Obergrenze! Deutschland, als eines der reichsten Länder der Erde, hat die Mittel und den Platz, Menschen in Not problemlos aufnehmen zu können. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Menschen aus Moria Schutz zu gewähren, auch wenn keine europäische Lösung zum jetzigen Zeitpunkt gefunden wird.